

## Sitzung des Gemeinderats am 22. Februar 2021

### Haushaltsrede

#### der CDU-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2021

Liebe Gernsbacherinnen und Gernsbacher,

die Beratung des Haushalts ist die wichtigste und vornehmste Aufgabe des Gemeinderats. In diesem Zahlenwerk sollen die wesentlichen Aufgaben und Projekte eines Jahres festgelegt werden. Dies setzt allerdings voraus, dass dafür Geld zur Verfügung steht, welches die Stadt dafür einsetzen kann. Und genau darin liegt unser Problem: Mit den städtischen Finanzen steht es – gelinde ausgedrückt - nicht zum Besten. Die Erträge sind rückläufig, während die Aufwendungen immer weiter steigen. Wenn man dafür aber die Corona Pandemie als alleinige Ursache nennt, dann ist dies deutlich zu kurz gesprungen. Diese wirkt lediglich wie ein Brennglas und verdeutlicht das eigentliche Problem.

Es ist vielmehr so - und unsere CDU-Fraktion macht hierauf bereits seit vier Jahren immer wieder aufmerksam - dass die Stadt Gernsbach ganz erhebliche strukturelle Nachteile und Belastungen hat, die den Haushaltsausgleich verhindern und Sie, liebe Gernsbacherinnen und Gernsbacher, finanziell immer weiter belasten. Wir nehmen leider unrühmliche Spitzenplätze im Landkreis und im Vergleich mit den übrigen 22 Städten und Gemeinden ein und haben zwischenzeitlich mit die höchsten Steuersätze im gesamten Landkreis. Bei der Grundsteuer A liegen wir mit einem Hebesatz von 800 auf dem zweiten Platz und doppelt so hoch wie in der Nachbarstadt Gaggenau, bei der Grundsteuer B und der Hundesteuer sind wir gar die teuerste Stadt im Landkreis und bei der Gewerbesteuer liegen wir an dritter Stelle.

Doch damit nicht genug: Auch bei den Wasser- und Abwassergebühren bezahlen wir Gernsbacher deutlich mehr als in anderen Gemeinden und auch mehr, als notwendig wäre. Beim Wasserpreis sind wir die teuerste Kommune im Landkreis, was daran liegt, dass die Verwaltung bei den Stadtwerken Gaggenau seit mehr als einem Jahr eine Notwasserversorgung eingekauft, den übersteuerten Preis aber ohne Nachverhandlungen bis zum Jahresende 2020 bezahlt hat, was die Gernsbacherinnen und Gernsbacher insgesamt mit mindestens 800.000 € zusätzlich belastet hat.

Dieser Reflex, wenn das Geld nicht reicht, einfach die Bürger finanziell noch mehr zu belasten, zeigt sich auch ganz deutlich bei den Abwassergebühren, die seit Jahren viel höher sind, als sie sein müssten. Worum geht es? Die Stadt hat seinem Eigenbetrieb Abwasser 8,5 Mio. € in zwei Darlehen gegeben, die der Eigenbetrieb mit 2 und 3 %! verzinsen muss. Bekommen Sie so hohe Guthabenzinsen von Ihrer Bank? Sicher nicht! Dafür kassiert die Stadtkasse jährlich mehr als 200.000 €, die der Eigenbetrieb in unsere Abwassergebühren einrechnet. Wir Gebührenzahler müssen also jährlich 200.000 € mehr an Gebühren bezahlen als notwendig. Wenn der Eigenbetrieb die Darlehen von der Bank aufnehmen würde, müsste er derzeit überhaupt keine Zinsen bezahlen. Unsere Fraktion hat diese Umschuldung seit vier Jahren vergeblich beantragt. Dem Bürgermeister und der Mehrheit des Gemeinderats ist es „zu kompliziert“ sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Leider ist der Bürgermeister auch nicht bereit, wie von uns als Kompromiss vorgeschlagen, einen Rückführungsplan zu erarbeiten. In dieser Zeit haben Sie, liebe Gernsbacherinnen und Gernsbacher, mehr als 800.000 € zuviel Abwassergebühren bezahlt. Wir meinen, 200.000 € jährliche Entlastung für unsere Bürger ist es wert, sich in das Thema zu vertiefen. Zusätzlich stünden der Stadt auf einmal 8,5 Mio. € zur Tilgung von Schulden und zur Finanzierung dringender Maßnahmen zur Verfügung, was die aktuelle Finanzsituation deutlich entspannen würde.

Leider ist Gernsbach in den letzten drei Jahren sprichwörtlich ein teures Pflaster geworden. So werden wir keine jungen Familien nach Gernsbach locken!

Warum ist das so? Das hat verschiedene Ursachen, von denen wir nur die wichtigsten nennen möchten: Zum einen haben wir im Vergleich zu anderen Gemeinden unserer Größe höhere Personalkosten. Darauf hat vor Jahren bereits die Gemeindeprüfungsanstalt hingewiesen und auch unsere Fraktion hat stets gefordert, die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung im Rahmen eines Organisationsgutachtens auf den Prüfstand zu stellen. Diese Forderung wurde bisher immer wieder abgetan und erst in diesem Jahr, nachdem uns das Wasser bereits zum Halse hereinläuft, wurde ein geringer Ansatz in den Haushalt aufgenommen. Schade, dass dadurch Jahre an Zeit ungenutzt verloren gingen.

Ferner kehren etablierte Firmen und Betriebe Gernsbach zunehmend den Rücken und verlagern ihren Geschäftsort in eine andere Stadt. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, dass die Verwaltung den von unserer Fraktion gewünschten Bericht zu Leistungen und Erfolgen der personell gut ausgestatteten städtischen Wirtschaftsförderung verweigern möchte.

Eine weitere, ganz wesentliche Ursache ist die Vielzahl städtischer Einrichtungen, die sich Gernsbach leistet und deren laufende Aufwendungen uns finanziell zu erdrücken drohen. Hier wurde, wider besseres Wissen, in der Vergangenheit von der Mehrheit des Gemeinderats der Eindruck vermittelt, wir könnten uns das alles leisten, wenn der Gemeinderat das nur so

beschließt. Leider wurde versäumt, auf die Preisschilder hinzuweisen, die an den Projekten hingen und auf die Tatsache, dass wir dadurch, ob wir wollen oder nicht, immer stärker zur Kasse gebeten werden.

Und zu guter Letzt ist man im Rathaus immer noch nicht bereit, sich von Immobilien, die nachweislich nicht für die städtische Aufgabenerfüllung benötigt werden, zu trennen. Aber auch diese müssen laufend betrieben und unterhalten werden, was den Ergebnishaushalt zusätzlich dauerhaft belastet. Bei einem Verkauf z.B. des Kinogebäudes wären dagegen Erlöse zu erzielen, mit denen man vordringlichere Aufgaben finanzieren könnte.

Unsere CDU-Fraktion war bisher stets der einsame Rufer in der Wüste, deren Mahnungen als Schwarzmalerei abgetan und verunglimpft wurden. Das lässt sich in unseren letzten vier Haushaltsreden nachlesen. Nun stehen wir vor dem Scherbenhaufen dieser leichtsinnigen Finanzpolitik und keine Fraktion kann sich mehr um die bittere Wahrheit herumdrücken: Wir leben von der Hand in den Mund und können uns unsere Infrastruktur nicht mehr leisten.

Die Stadtverwaltung sagt uns, man habe für 2021 einen Sparhaushalt geschnürt. Das aber, liebe Gernsbacherinnen und Gernsbacher, ist nur bedingt der Fall. Es wird nicht gespart, sondern einfach Steuern und Gebühren erhöht und notwendige Reparaturen lediglich weiter verschoben: Die dringende Sanierung von städtischen Hallen – verschoben, die Sanierung unseres maroden Rathauses um den städtischen Beschäftigten angemessene Rahmenbedingungen für ihre Arbeit zu bieten – verschoben, der Hochwasserschutz in der Schlossstraße – verschoben, die Sanierung von Schulen und Kindergärten – verschoben, die schon lange aufgeschobene Sanierung von städtischen Straßen – erneut verschoben ... Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Die Verwaltung lässt die städtischen Einrichtungen sehenden Auges verkommen, weil dafür kein Geld mehr da ist. Für das wenige Geld, das noch zur Verfügung steht, kauft die Stadtverwaltung lieber einen 27.000 € teuren Automaten zur Ausgabe von Dokumenten, schafft zwei zusätzliche Poolstellen im Stellenplan oder schlägt aktuell einen teuren Betreiberwechsel für das Jugendhaus vor, obwohl städtische Bedienstete seit Jahren erfolgreich das Jugendhaus leiten. Warum? Und warum werden immer wieder Fakten geschaffen ohne vorherige politische Diskussion im Gemeinderat?

Liebe Gernsbacherinnen und Gernsbacher, da läuft etwas ganz gewaltig aus dem Ruder. Unsere Fraktion hat in den vergangenen Jahren immer wieder gefordert, alle Sanierungsmaßnahmen und Zukunftsprojekte auf den Ratstisch zu legen, jeweils die Kosten dafür zu schätzen, in der Finanzplanung seriös darzulegen, welche jährlichen Beträge für Investitionen und Sanierungen zur Verfügung zu stehen und darauf aufbauend die Prioritäten gemeinsam festzulegen. Auch regelmäßige Finanzberichte und Sachstände über den Fortschritt von Bauprojekten zur Information des Gemeinderats sind unabdingbar notwendig, um den städtischen

Haushalt umfassend und nachhaltig zu konsolidieren. Und nur so können wir langfristig die kommunale Leistungsfähigkeit für unsere Stadt sichern. Leider sind wir immer noch, trotz eindeutiger gesetzlicher Vorgaben, als Gemeinderat beim Finanzcontrolling im „Blindflug“ unterwegs.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass Entscheidungen für die Ertüchtigung der maroden Infrastruktur nur punktuell getroffen werden und dafür alle Bürgerinnen und Bürger Gernsbachs bezahlen sollen, ob sie davon profitieren oder nicht. Uns fällt hierzu ein Zitat des britischen Ökonoms David Ricardo ein: „Die Defizite von heute sind die Steuern von morgen“. Das ist kein erstrebenswertes Ziel für die Haushaltsführung unserer Stadt und das wollen wir als CDU-Fraktion so nicht mittragen.

Gemeinsam bewältigen wir derzeit in Deutschland eine Krise, die wir uns in diesem Ausmaß nicht vorstellen konnten. Und gemeinsam müssen wir uns auch endlich der finanziellen Krise unserer Stadt stellen. Denn wir als CDU-Fraktion wollen, dass auch unsere Kinder noch selbstbestimmt in Gernsbach leben können und nicht nur die Schulden tilgen müssen, die wir hinterlassen haben.

Die CDU-Fraktion wird sich in diesem Jahr beim Beschluss über den Haushalt der Stimme enthalten, da unsere wesentlichen Forderungen im vorliegenden Haushaltsplanentwurf weiterhin nicht umgesetzt sind. Sobald der Bürgermeister und die Mehrheit des Gemeinderats bereit sind, mit uns gemeinsam die grundsätzlichen Weichen für eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung zu stellen, werden wir uns offen und transparent einbringen.

Den Wirtschaftsplänen der Stadtwerke und des Eigenbetriebs Abwasser für das Jahr 2021 können wir keinesfalls zustimmen, da wir die Höhe der Gebühren aufgrund des unwirtschaftlichen Handelns der Verantwortlichen zum Nachteil der Gebührenzahler so nicht mittragen können.

Frauke Jung

Für die CDU-Fraktion